

Preussischer Landtag.

Original-Bericht der Saale-Zeitung.

Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung vom 6. Februar.

Im Ministerische: G. Hofler.

Präs. v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Die zweite Beratung des Etats des Kultusministeriums wird fortgesetzt.

Zu Kap. 121 (Elementar-Unterrichtsweien) Tit. 1 (Besoldungen 2,669,889 M.) tritt das Wort.

Abg. Seyffardt (Freib.) Abg. Dr. Windhorst hat die Schule für beständig erklärt.

Was immer die Regierung der katholischen Kirche fernerhin ist, als alle verloren Liebesmäßig gewesen, denn durch den Abg. Windhorst hat das Centrum erklärt, nach jedem Frieden über einzelne Konfessionsangelegenheiten werde es wieder rufen: „Es lebe der Kampf um die Schule; der alte Kampf ist tot, es lebe der neue Kampf!“

Das Centrum will sich die Schule erobern für seine Zwecke. Abg. Dr. Windhorst hat wohl ausgesprochen, Religion muss in die Volksschule kommen.

In der That aber handelt es sich nur um politische Macht. Alle Anterbindungen Windhorst's gegen unsere Volksschulen dienen nur dem einen Zweck, die Schule wieder unter die Leitung der katholischen Kirche zu bringen.

Dies würde aber kein Segen für unsere Volksschulen bedeuten. Entgegengekehrt verhält sich der Kultusminister, die altpreussische gute Tradition tritt wieder in Kraft.

Der Herr Minister will die Bestimmungen der Verträge 1872 durchdringen, denn sie sind eine großartige Leistung, und nach der Meinung des Minister's. Die streichsühnleistungen erfahren durch dieses erste und zweite, daß sie nicht auf den Aussterberetat gelegt werden sollen, das gegen sie offen und bedeckt erhoben Anterbindungen nicht Folge gegeben werden soll.

Abg. Dr. Berger behauptet nicht, daß in den Volksschulen zu diesem Abg. Mooren, daß zu viel geleistet wurde. Was den Klagen und Anträgen der beiden Parteien wird die Regierung hoffentlich Anlaß nehmen, die Neuliste der Volksschulen vorzulegen.

Amidien aber kann ich dem Abg. Berger aus meiner Erfahrung kommhalten, daß in den Volksschulen durch die Behandlung der Klagen der Unterseite der Religion keinen Zweck sieht. Die Ideen des Abg. Mooren kann ich nicht immer völlig richtig nehmen. Seine Behauptungen, daß der Schulung von den Klagen über 12 Jahren in fittlicher Beziehung schaden könnte, bezeichnen doch nur in seiner Phantasie.

Ich weiß recht wohl, daß in Oesterreich von den Freunden des Centrum's die Schulzeit bestreitet worden ist — aber Oesterreich ist nicht Preussen und nicht Preussentum. Aber wenn die Herren vom Centrum noch des Schallens sich, um dem allgemeinen Stimmrecht für Deutschland besonnen haben, so werden sie wohl trotz des Schallens und der Agitation ihrer Genossen in Oesterreich sich zur Förderung der Volksschulen in Deutschland entschließen müssen, und nicht mit dem Abg. Mooren zusammen gehen wollen. Ich bitte mich, daß ich mich nicht zu erwartende, daß die anderen Parteien einträchtig einsehen für die Aufrechterhaltung einer Ermittelung, die vor allen Kulturwörtern uns auszeichnet. (Beifall links.)

Abg. Mooren: Die Rede des Abg. Seyffardt war keine neue, es war keine alte gebrauchte Schule. Ich will dem Vortrager aus seine beständiger Ansicht nicht antworten, was er gegen den Führer des Centrum's gesagt hat, daran wird Herr Windhorst wohl besser antworten. (Heiterkeit.)

Wieder wird der Gehörgehung des Minister's Fall vor, daß sie die Politik in die Schule getragen und dadurch die Volksschule politischen Strömungen preisgegeben, Familie, Kirche und Gemeinde aber aus der Volksschule verbannt haben. Ich beweise, wie sehr Preussentum und Schule verknüpft worden, verheißt. Mehrere eine Folge der hiesigen hiesigen Regierung aus dem Beginn des Kulturkampfes. Eine Cabinetsordre vom Jahre 1836 befragt, daß die Schüler entlassen werden sollen, sobald der Seelforger sie für unternrichtig erachtet habe. Diese Ordnung aber gar nicht weiter beobachtet. Der Senat hat durch den Schulungsausschuss Mooren als, der unternrichtig wird so lange ausgedehnt, daß Schule und Kirche fast zusammen fallen. Der unternrichtig ist viel zu bestärkt, z. B. über die Affen (Heiterkeit links), es müssen ihre Verhältnisse angeordnet und noch länger Zeit wieder durch andere eracht werden. So ist es denn jetzt dahin gekommen, daß die Eltern und Schule sich nicht mehr vertragen, daß die Kinder sich der Eltern schämen. (Beifall links.) Dabei werden die Leistungen der Schule immer geringer, es wird ein geringes Proletariat herangezogen, welches ein auf den Vorarbeiten lambden wird. (Beifall links.) Ich erüde den Herrn Minister drängen, die Cabinetsordre vom Jahre 1836 wieder zur Geltung zu bringen und habe keine Verklärung der Schule von acht auf sieben Jahre. (Beifall im Centrum.)

Abg. Seyffardt (Wienig): Ist fittlicher Geist nicht in der Familie, so kann freilich die Schule ihn den Schülern nicht anziehen. Es ist durchaus Unberechtigung, wenn der Vortrager behauptet, Kinder und Eltern verziehen sich nicht mehr. Die allgemeinen Bestimmungen vom Jahre 1872 wurden von allen Vertretern

als gut und gerechtfertigt anerkannt. Ich habe in zwanzigjähriger Thätigkeit keinen Vater und keine Mutter kennen gelernt, die die gelungene und fittliche Förderung des Kindes durch die Schule nicht anerkannt oder eine Verklärung der Schulzeit bedauert hätte. (Schrillend links.) Es ist ein sehr geländliches Experiment, die Kinder schon mit dem 3. Schuljahr zu nehmen. Sehr richtig links.) Die Schulbildung ist von Jahr zu Jahr besser geworden; unter Schulweiser hat einen schweren Kampf gestanden bis es auf diese Höhe gekommen. Wäre Sie an dem Schulungsausschuss, so rätten Sie den Grundbesitzern des preussischen Staates! (Beifall links.) Preussentum muß mehr für die Schule gehalten und die Mittel gewährt werden. Ich möchte aber bitten, daß man sich nicht allein auf den Eingang neuer Steuern verweist, denn das diese, die Sache ad calendas graecas vertragen. Eine größere Fortschritt der Schule ist aber durchaus notwendig; sie liegt im Interesse aller und besonders der unternrichtigen Verwaltung. Das Gesetz über die unternrichtigen fittlich verwohlhabender Kinder ist von der Schule freudig begrüßt worden, denn sie hat durch die unternrichtigen solcher Kinder von der Schule den größten Nutzen. Aber das Gesetz betrifft nur bereits fittlich verwohlhabender Kinder, während es viele Kinder in der Schule giebt, die fittlich dem fittlichen unternrichtigen entgegenkommen. Ein Gesetz für diese Kinder heißt aber gänzlich. Der Nutzen, den eine zweckmäßige Bestimmung für diese unglücklichen Kinder bringen würde, ist so groß, daß die Kosten, die dadurch herbeigeführt werden, gar nicht in Betracht kommen. Es handelt sich um Sebung der Fittlichkeit und da kann kein Bedenken und keine Angst im Bewusstsein, das was als nötig erachtet, auch zu thun. (Beifall links.)

Abg. Knörcke: Die Erklärungen, die über das Schulnotations- und Pensionsgesetz vom Regierungstische aus gegeben worden sind, können nicht nicht völlig beruhigen. Von dem Kultusminister freilich wird sicherlich Alles gethoben, was in seinen Kräften steht. Es sagt sich nur, wie sehr gut es ist, wenn an anderen Stellen durchdringen wird. Schon seit 30 Jahren spricht man beständig von Schulgelei, Dotations- und Pensionsgesetz, ohne daß bisher damit Ernst gemacht worden wäre. Jetzt ist nun auf's neue ein Dotationsgesetz ausgearbeitet worden: ich halte mich aber, wenn der Kultusminister nicht ganz bestimmte Erklärungen abgibt, nicht für den besten, der sich in die Angelegenheit unternrichtiger Förderungen auf Gehaltszulagen und Pensionen zu stellen. Ich würde also an den Herrn Minister die Bitte, diesem Hause nun eine Erklärung über das in Aussicht gestellte Dotationsgesetz zu geben.

Abg. Frech v. Reditz (Wahlhausen): Meine Fraktionsgenossen sind sehr froh, daß dem Schulungsausschuss, an der Schulverwaltung gerichtet werden darf. Bebauung der Fittlichkeit ist die im Dezember v. J. in Aussicht gestellte Schulverwaltungs- vorlage noch nicht eingereicht werden kann. Der Grund liegt darin, daß man erst das Schulnotationsgesetz geben will, denn zwei solche große Vorlagen sind für eine Session zu viel. Freilich wird materialisiert ist, so doch aber das Schulnotationsgesetz nicht vorliegt. Wir müssen endlich dahin kommen, daß auch auf dem Lande leistungsfähige Faktoren gefunden werden, welche lebensfähige Schulorganisationen ermöglichen. Die Schulstellen sind auf dem flachen Lande außerordentlich hoch, verhältnismäßig viel höher als in Berlin, dessen Schulstellen mit Recht als mütterlich bekannt sind. Wir müssen diese Schulstellen durch die Schulstellen im Staat und Kommun erachtet, als durchaus notwendig. Das Eintritte des Abg. Knörcke für das Dotationsgesetz begrüße ich freudig — er wird dann wohl aber auch die Mittel dazu beizubringen müssen. Es nahm ich sogar sonderbar aus, als früher ein Dotationsgesetz, vom Fortschritt verlangt wurde, es das dann dieses wieder nicht. Die besten Lehrer der Schulen sind dem Staates mit durchaus eine größere werden, damit sowohl die Zahl der Schulen noch zunimmt, als auch den Emeriten entlassen die erforderlichen unternrichtigen aufteil werden können. Freilich müßten dazu auf dem Wege der Verbesserung die Mittel geschaffen werden, ich hoffe, daß auch der Finanzminister bei dem Schulnotationsgesetz, wann er nicht wenigstens die Mittel dazu zu gewinnen, daß er eine höhere Bekleidung des Brantwärtigen eintritte läßt.

Minister v. Gossler: Das Gesetz über den Schulungsausschuss und die Schulverwaltungs ist in der That wegen des Dotationsgesetzes zurückgelegt worden. Ich nehme dem Abg. Knörcke eine respektvolle Sprache gegenüber diesem Gesetz nicht, aber etwas beruhigen kann ich ihn doch beruhigen, ob das Gesetz vorliegt und ob nicht. Denn hier ist das Material da. Der Minister zeigt eine Druckschrift. (Heiterkeit.) Gegenüber den Ausführungen des Abg. Mooren wiederhole ich, daß meine Ansicht über die Volksschule die gleiche ist, wie im vorigen Jahre. Die größte Aufgabe eines preussischen Kultusministeriums ist die Weiterbildung der Volksschule — mit der Geistes- und Geistes der Fittlichkeit ist meine Bezeugung von der Thätigkeit der Regierung. (Beifall links.) Abg. Mooren hat davon gesprochen, daß die Volksschule ohne christliche unternrichtigen vegetiere. Ich habe bei meinen vielen Reden Revisionen der Volksschulen stets eine durchaus christliche

Entwicklung vorgehend. Es wird immer so gehen, als ob ein träuerlicher Minister der Religion feindlich gewesen wäre. Ein nicht evangelischer Autor, der Erklärungen aus dreifachen Volksschulangelegenheiten gegeben hat, hat sich aber ausdrücklich: der Religion feindlich zu sprechen. Im Gegentheil zu dem Abg. stand neben anderen, sondern steht allen übrigen Disziplin voran. — Wir sind der Meinung, daß ein rechter Volksschul- lehrer alle unternrichtigen Angelegenheiten mit seiner religiösen Grund- ansetzung durchdringen muß, ohne deshalb stets mit Bibelzitierten zu sprechen. Im Gegentheil zu dem Abg. steht die Volksschule nicht feindlich, sondern die Volksschule die Kinder in fittlicher Beziehung die Eltern zu fördern befaßt werden. Jeder Lehrer muß sich erziehen zum Wohlthun des Kindes. Gerade für das pädagogische Gebiet wiederhole ich das Wort, das ich schon einmal gesprochen: Wir müssen uns anpassen, daß wir selbst den unternrichtigen Aufgaben gewachsen zu sein und bewähren. — Eine Uniformität streben wir in untern Volksschule keineswegs an, Bauer und Bürger werden nicht, wie Abg. Mooren meint, vollkommen gleichmäßig unternrichtig, das ganze ja auch pädagogisch gar nicht an. Die Regulative von 1872, gegen die vielfach hier angefahren wird, sind doch nur die Kenntnisse vieler einzelnen vorher geführter Bestimmungen, die im Nachhinein von Regulativen von 1872 keineswegs so häufig, wie oft geäußert wird. — Wir werden daran festhalten, daß das 14. Lebensjahr den Abschluß des Schulunterrichts bilden soll. Wir glauben, daß wenn jemand die Schule früher verläßt, er weder körperlich noch geistig dem Kampfe des Lebens gewachsen ist. (Sehr richtig links.) Darauf hat sich nicht um etwas, ich verabschiede mich von Ihnen und bitte die Vorbrannten handeln, sondern um das Interesse der Kinder. Daher müssen wir prinzipiell festhalten; daß in Ausnahmefällen Dispensationen zulässig sind, ist ja bekannt. Abg. Mooren hat die Cabinetsordre des Jahres 1836 missverstanden; die Tenzen dieser Order werden sich gegen die fittlichsten Verfügungen der Schule und verlangt, daß der Seelforger ein zu frühzeitigem Abschluß des Schulunterrichts nicht zugeben soll. — Einige kurze Bemerkungen will ich noch zu der geliebten Rede des Abg. Jaruba machen. Sympathisch war mir die Anerkennung, daß die Ober- schüler eine Meinung zum Großvaterpaar haben und sich ihrer Erben zu sein. Ich bin ein fittlichster Seminar in Oesterreich, was Abg. Jaruba gesagt, nur eine qualitativ bedingte Auszeichnung, es ist mir für den feinen Mann auszeichnend. Alle neuen Begriffe müssen durch deutsche Worte mit politischen Einlagen gedeckt werden. Gegenwärtig bestehen allerdings Zustände, die die Folge einer veränderten Praxis sind. Bis zum Jahre 1848 bestand nur ein fittlichster Seminar in Oesterreich, in welchem sein Herr polnisch gesprochen wurde. (Hört, hört!) Die Oberlehrer erklärten damals, sich sehr wohl zu befinden. Seitdem, seit 1848, ist das geändert worden, es sind polnische Kurze eingerückt, polnische Lehrer angeestellt worden. Allmählich hat man dort den Anschlag an Großvaterpaar die Polonisation einsetzte, hat unter dem fittlichsten Seminar polnische Entel hatten. Am Anfang der hiesigen Regierung wurden geachtet wurden, ergab sich, daß in Oesterreich, die früher von deutschen Katholiken getrieben hatten, kein deutliches Wort mehr gesprochen wurde. (Hört, hört!) So ist denn also mit vollem Recht die Gelehrte endlich dagegen aufgetreten. Die Polonisation ging dann immer, die unternrichtigen wurde immer an drei Sonntagen polnisch, ein dem vierten ist wenig bedingt. So jetzt ist also, daß ein großer Teil der unternrichtigen des Abg. Jaruba durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht unternrichtig wird. Der Religionsunterricht ist in Oesterreich jetzt derart eingerichtet, daß in normalen Volksschulenunterricht erstlos kann. Normale Verhältnisse herrschen freilich in Oesterreich, auf dem Schulgebiete nicht überall. Diese normalen Zustände herbeizuführen, soll das Schulnotationsgesetz mit- teilen. Gegen Sie also dem Schulnotationsgesetz ein reiches Herz und eine offene Hand. (Beifall rechts.)

Abg. v. Stabilewski behauptet, das Vordringen der Regierung gegen dahin, daß die Polen ihre Mutterprache verlieren. Die Abg. Mooren des Minister's, daß der 50 Prozent deutscher Katholiken in der Woche gelehrt worden ist, könne er nicht für richtig annehmen, da sich eine solche Ueberzahl Deutscher überhaupt nicht stellen lassen würde. Bei der unternrichtigen der unternrichtigen Sprache abzugeben ist widerwärtig. Die Oberlehrer verlangen vor allem die Erhaltung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache. Im Unterricht müßten auch polnisch zum Verlesen und Schreiben. Eine weitere Agitation liegt durchaus nicht daran, sei aber ein großes pädagogisches Kunststück, ein hiesiges polnisches Kind in einer ihm fremden Sprache zu unternrichten.

und wirft eine wahre Liebe wie die meine doppelt zu schätzen wissen.“

„Doktor Frank hatte das Gefühl, als ob er auf einen anderen Stern verjagt wäre, wo die Geschlechter im Vergleich mit denen auf Erden die Rollen getauscht haben und die Frauen um Liebe werben, während die Männer spröde und jampferlich sind. Dieses junge Mädchen aus einer guten Gesellschaft — Sphäre behandelte sein Herz, als ob es ein neuer Hut aus Paris wäre, um den sie in dem einen Wollstein liebt.“

„Er bot ihr seinen Arm, und wollte sie fortführen. Wie war sie entzückt! Weil er das traurige Mädchen neben dem Schirme mit den schönen, gelächelten, grauen und rothgeigten Ströchen nicht zu einem süßen Gefühl, zum Verlesen um einen verloschenen Augen blickte hatte!“

„Kaura! Warum sprechen Sie so?“

[32]

Die Frau des Geizigen.

Roman von Kaiser Riehl.

(Fortsetzung.)

„Es ist unmöglich! Welch thörichtes Gedank!“ flüsterte Justin.

Die Maeste schen aus ihrem Nachsinnen zu erwachen; als sie aber bemerkte, daß sich jemand hinter dem Schirm befände, wendete sie sich ab und zog sich hastig zurück.

Sie war kaum zwischen dem im Ministerium sich bewegenden Massen verschwunden, als ein anderes Bild von dem Spiegel reflektiert wurde — eine schlante Geißel, in ein wunderbar durchsichtiges Gewebe gehüllt, meergrün und silberglänzend, das sie umfloß wie eine ätherische Wolke, bis an die weissen Atlaschöße herabhang und eine Schleppe, mit Wasserlilien garnirt, hinter ihr bildete.

Die Geißel hatte einen wahren Schatz von goldblechem Haar, das aufgeschloß und nur ein wenig von Wasserlilien durchsprungen bis tief unter die Taille hinabflüßte. Ein Diadem von Perlen erhob sich über der Stirne; ein Gürtel von kleinen Musikeln umschlang den schmalen Nacken. Erlebe. Es war eine herrliche Erscheinung. Mit einem Blick in den Spiegel kam sie an dem Schirme vorüber.

Justin sprang empor und vernichte sich.

„Undine?“ fragte Justin in Bewunderung.

„Ja, Justin, Undine; und Du hast mir eine Seele gegeben. Gehe Dich, und ihm will Dir Gesellschaft leisten.“ Sie nahm neben ihm Platz. „Ich was denkst Du von meinem phantasiehaften Carnevales-Einfall? Ist er gelungen?“

„Wunderbar, ich fast ich schöner!“ rief Justin mit reizender Kaura.

„Duke mich. Wir sind auf einem Maskenball. Ich möchte wenigstens diesmal das traurige „Du“ hören von Deinen Lippen. Du bist doch, daß ich die Maskenfreiheit benötige.“

„Nun denn, Du hast begehrt aus uns, Undine!“

Die Größe dieser Schenkung hätte die Regierung doch ein wenig frugig machen können. Selbst die deutsche Bevölkerung ist daran irre geworden und sogar die „Post“, früher eifrige Vertreterin des höchsten Euhymus spricht jetzt manigfache Bedenken aus. Dieser Unterricht der Nationen im preussischen Staat habe demselben nicht gebührende Aufmerksamkeit zu erziehen, bitte Preußen gerade in Oberpreußen seine meiste Widerstandskraft gefunden. Daher müßte auch den Polen das gleiche Recht gegeben werden, anstatt dessen schübe man immer polnische Katatonen vor. Die polnische Bevölkerung denke aber an keine Empörung (soviel sie will), wenn sie nicht die Wohlthaten der preussischen Regierung hier mit Bestimmtheit hervorbringen könnte. Das bezuglich der zahlreichen Petitionen um Einführung des Polnischen als Unterrichtssprache. Es wäre daher wohl angezeigt, durch eine Enquete die Größe dieses Entschens namentlich auch im Deutschen festzustellen; aber man sollte es vielleicht nicht. Wenn die Nationen und Nationen Gesandten im Unterricht erhielten, so ist das den Polen ebenfalls billig; sie würden jedoch stets unterdrückt. Neben richtet die Anfrage an die Regierung, aus welchen Gründen denn in Westpreußen der Religionsunterricht im Polnischen auch an den unteren Schulen abgelehrt ist. Mit solchen Vorzügen verwechselt die Regierung die Aufgabe der religiösen Schulen mit der Beziehung zu Unterrichts- und Aufrechterhaltung (Weil bei den Polen).

Abg. v. Tiedemann-Worst beauftragt die Mitglieder im Schulwesen in der Provinz Polen. Es seien wegen Überfüllung der Schulen 6400 Kinder ohne Unterricht zu lassen. Insonderheit solle die Minderzahl wenigstens besondere Lehrer angestellt werden. So lange der Staat als deutscher bestehe, müsse auch seine Sprache allen seinen Bürgern bekannt sein, das erzwinge ihnen die allgemeine Pflicht. Die Einführung der polnischen Sprache in die polnischen Schulen geschrieben werden. Die deutsche Sprache werde auch nicht durch Grammatik, sondern durch die Übung gelernt, und sie überhaupt noch kein Widerspruch gegen die Erziehung des Deutschen von Seiten der Eltern erhoben worden. Die Germanisierung ist nicht in dem Sinne des Vorredners gemeint, sondern sie ist nur die Ausbildung guter Patrioten. Allerdings würde niemals erreicht werden können, daß die Polen sich völlig als deutsche Staatsbürger betrachten, ihr Streben gehe nur dahin, womöglich einen Kampf zwischen Ausland, Ostpreußen und Deutschland herbeizuführen, um dann vielleicht ihre Selbstständigkeit wieder zu erlangen. Wemigstens müßte er das aus den Augen zu lassen.

Abg. Rath Richter erklärt ebenfalls, die Absicht der Regierung sei durchaus nicht, daß die Kinder die polnische Muttersprache verlieren. Die deutschen Katholiken in den polnischen Gegenden seien viel zahlreicher als von den Polen geglaubt werden. Es seien auch deutsche Prediger in den Schulen angestellt worden, die sich den Deutschen bedienen, und danach allein könne eine Entscheidung betreffs der Nationalität getroffen werden. Der Wille der Eltern dürfe dabei nicht in jedem Falle berücksichtigt werden, wenn es vorläge, daß ein Bauer durch feilich erklärt, er könne im Polnischen sich weder mündlich noch schriftlich ausdrücken, wolle aber seine Kinder polnisch erziehen lassen. Dagegen würden den deutschen Katholiken mancherlei Schwierigkeiten bereitet und es habe erst eine mehrmalige Mahnung des Erzbischofs bedurft, um ihnen die Weichte in deutscher Sprache zu gestatten. Genau werde die Abhaltung deutscher Prediger vielfach von einer finanziellen Bezahlung abhängig gemacht. Nicht richtig ist es, daß beim Religionsunterricht die Kinder nach dem Bekenntnis der verschiedenen Familien sich des Deutschen bedienen, und nach der entsprechenden Sprache erziehen. Es werde vielmehr stets nach der Nationalität geschieden, so daß eine große Menge Kinder mit deutschen Namen überhaupt keinen Anhalt gefunden hätten, das das Streben der Geistlichkeit dahingehende, alle deutsche Namen zu polonisieren, also gerade das Gegenteil derer zu bewirken. Diefen würden entweder in der Orthographie verändert oder gar in das Polnische überführt. So hätte man aus Dach - Dachsberg gemacht, aus Berchitz, einem Probatschismus für Vorsch, die polnische Wochenschrift geworden. Es ließen sich also die Gründe auch durchaus keine Schlüsse ziehen auf die vorhandene Anzahl deutscher Katholiken. Die Vernunft gegen die Verabschiedung in Polen seien, wieviel gemindert. 1874 wurde von Einführung der neuen Unterrichtsordnung unter 10,000 Refusaten 4490 Anknüpfungen, in Sprottau 1870 von den Ortsvorsteher 26 Anknüpfungen, nicht genügend mit Lesen und Schreiben vertraut gewesen, um allein ihr Amt zu versehen. Das habe sich jetzt bedeutend gebessert und seien diese Zahlen bis auf ca. 12 Proz. heruntersgegangen. Der Grund für diese Anknüpfung liege vor allem auch in der Überfüllung und dem Mangel an Schulen, den abzuhelfen die Unterrichtsverwaltung fortgesetzt bemüht ist. Doch erlaube ich dabei von der polnischen Presse die lächerlichen Angriffe und die größten Verdächtigungen. Ja, es

würde genügt, besser gar kein Unterricht als ein solcher! Hätte man uniere deutsche Volksschule auf gleiche Weise behandelt, so würden wir nicht mit unsem jetzigen Stolze darun befinden können (Braun recht).

Abg. Richter: Ich freue mich, daß der Abg. Fr. v. Jellisch die Mittel für das Schulbudgetgesetz aus der Braunkohlsteuer zu gewinnen denkt. Eigentümlich aber hat es mich berührt, wenn er sagt, daß von der linken Seite ein solches Gesetz verlangt, aber angeblich gesagt werde: dieser Regierung keinen Gefallen. Ich bitte ihn jedoch nicht zu erklären, was er denn mit dieser Seite meinen will, auch die Zeit näher zu bezeichnen, wann jenes Wort gefallen sein soll. - Der Herr Minister - den ich leider wieder abwendig gehe (Geiterfeld) - sagte auf eine Anfrage wegen des Gesetzes in dem er ein Blatt Papier vom Tische nahm, um seine Urteile zu überlegen, hier ist das Gesetz. Ich will über diese Form der Antwort nicht reden (so recht). Ich glaube, daß es am liebsten gemindert wäre, lieber gar keine Antwort zu geben als die (so recht). Die Steuererhöhung des Herrn Minister v. Ritter wurde uns damals auch gesagt und trotzdem hat dieses Gesetz niemals das Licht der Welt erblickt. Daher kam ich nur bitten, daß uns das Gesetz bald vorgelegt werde. Seit 4 oder 5 Jahren wird uns erklärt, daß die Frage einer Lösung behilflich, in zwei Theoren ist sie uns angehängt, jetzt wird es uns nur von weitem gesagt. Ist Herr v. Jellisch unter diesen Umständen der Meinung, daß vor dies schwierigere Material noch in dieser Session erledigen können? Denn inwiefern muß es doch sein wenn man im Ministerium so lange Zeit zur Fertigstellung gebraucht hat, daß es nicht ist, es wenn der Senat es herabschickt, wenn uns das Gesetz für diese Session versprochen wird, aber keinen Inhalt jedoch nicht verlässt? Wir wünschen, daß wenigstens der eine Punkt erledigung finde, der für alle gleich peinlich ist, die Frage der Bemühung. Ich hatte die Erhöhung der Staatsposition um 100,000 M. gefordert, meine die Minimalspanne aber um 20 M. ich jetzt nur 75,000 M. Der Vorschlag des Herrn Minister läßt mich aber annehmen, daß in diesem Punkte Vorkommen für die Reichssteuerreform geleistet werden solle. - Die Regierung behauptet weiter, die Fonds reichen dazu nicht aus, andererseits aber werden uns hier die Erparungen vorgerechnet. So angereizt ich begreiflich wäre, so erkläre ich doch, daß wir bei Titel 29 einen Antrag einbringen werden, die Summe von 700,000 M. um 100,000 M. zu erhöhen. Ebenso behalte ich mir weitere Anträge in betreff der Alterszulage vor.

Die Debatte wird geschlossen.

In persönlicher Bemerkung erklärt Abg. Fr. v. Jellisch, er hätte bei der Ausrufung: diesem Ministerium keinen Gefallen, nicht an den Abg. Richter, sondern an den Abg. Richter gedacht.

Abg. Richter: Eine Ausrufung: diesem Ministerium keinen Gefallen, habe ich nicht getan, ich habe immer für den Etat gesprochen. Als 1879 für die neuen Steuerprojekte auf die Vermittlung der Lehrer und Schulen eingeworfen wurde, sagte ich, die Schulen sind zu klein, es ist nicht möglich, die Schulen zu vergrößern, und die Lehrer haben nichts bekommen, also ist es genau so eingetroffen, wie ich es gesagt habe. (Geiterfeld).

Abg. Kantak protestiert gegen die Behauptung des Abg. v. Tiedemann, daß die Polen einen Kampf zwischen Ausland, Ostpreußen und Deutschland herbeizuführen wollen. Die Regierung hat mit dem Antrag einverstanden, ebenso die Tit. 1-22, mit Ausnahme einiger kleiner Positionen in den einzelnen Titeln, welche auf Antrag des Abg. Brande nochmals der Budgetkommission zur Beachtung und event. Erhöhung übergeben werden.

Der Etat (Elementarartikel) beantragen.

Abg. Dr. v. D. v. Schenck: Die Anknüpfung zu erlöchen, die in den Elementarartikeln, welche nicht Schulschulden sind, soweit es die örtlichen Verhältnisse erfordern, den Unterricht an den Nachmittagen fortsetzen zu lassen, und ausschließlich in die Vormittagsstunden zu verlegen.

Abg. v. Bockel-Hiedorf erkundet an, daß die landwirtschaftlichen Vereine die Anknüpfung zu erlöchen, die in der Vormittage, wie der Antrag Dr. v. Schenck, mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Landwirte, die in der Vormittage zu erledigen sind, die in der Vormittage zu erledigen sind, die in der Vormittage zu erledigen sind.

Abg. Dr. v. Schenck: Ich stimme darin mit den Vorrednern überein, daß ich den Antrag des Abg. Dr. v. Schenck in die Unterrichtscommission zu übertragen, und wenn dieser Antrag nicht entgegenkommt - wenn nicht Herr v. Schenck überdies in Preuss. (Geiterfeld). Die Ausführungen des Abg. v. Bockel-Hiedorf waren mir im Interesse sympathisch, aber - assit in pascua desolentem. (Geiterfeld). Wir müssen lernen lernen. Ich will auch, daß die Jugend gut erzogen wird, aber das geht auch ohne neue Schulschulden. Was würden unsere Väter sagen, wenn sie hören würden, daß der Patriotismus erst durch die Schulschulden anerkannt werden kann. (Sehr richtig im Centrum). Früher brauchte man all diese Schulschulden nicht, da genigten die Geistlichen, die evangelischen und die katholischen. Die hat man freilich jetzt ausgeschaltet und braucht man behältig. Ged. Die Schulschulden sind nicht zu erlöchen, sondern die in der Vormittage zu erledigen sind, die in der Vormittage zu erledigen sind, die in der Vormittage zu erledigen sind.

benen es sich um ein höheres Ziel handelt. Aus rein technischen Gründen sind die Schulinspektoren notwendig, das haben auch unsere Vorredner gesagt, die mit dem Gesetz, das es ihnen in die Hände werfen wird, sich in die Hände werfen werden, das es ihnen in die Hände werfen werden, das es ihnen in die Hände werfen werden.

Titel 1 (Schulinspektoren 750,000 M.) wird hierauf beantragt. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Heute Abend 8 Uhr. Tages-Ordnung: Schulgesetz.

Berliner Börse vom 6. Februar.

Deutsche und ausländische Fonds- und Staatspapiere.	4. Oberfl. 4 1/2 Proz. St. H. gr.	103,80 Bsp.
Deutsche Reichsbank	4 1/2 Proz. do. H. 73	104,70 Bsp.
4 1/2 Proz. Konf. Anleihe	4 1/2 Proz. do. H. 79	106,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 80	107,70 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 81	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 82	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 83	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 84	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 85	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 86	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 87	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 88	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 89	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 90	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 91	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 92	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 93	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 94	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 95	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 96	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 97	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 98	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 99	108,00 Bsp.	
4 1/2 Proz. do. H. 100	108,00 Bsp.	

Abg. Dr. v. Schenck: Ich stimme darin mit den Vorrednern überein, daß ich den Antrag des Abg. Dr. v. Schenck in die Unterrichtscommission zu übertragen, und wenn dieser Antrag nicht entgegenkommt - wenn nicht Herr v. Schenck überdies in Preuss. (Geiterfeld). Die Ausführungen des Abg. v. Bockel-Hiedorf waren mir im Interesse sympathisch, aber - assit in pascua desolentem. (Geiterfeld). Wir müssen lernen lernen. Ich will auch, daß die Jugend gut erzogen wird, aber das geht auch ohne neue Schulschulden. Was würden unsere Väter sagen, wenn sie hören würden, daß der Patriotismus erst durch die Schulschulden anerkannt werden kann. (Sehr richtig im Centrum). Früher brauchte man all diese Schulschulden nicht, da genigten die Geistlichen, die evangelischen und die katholischen. Die hat man freilich jetzt ausgeschaltet und braucht man behältig. Ged. Die Schulschulden sind nicht zu erlöchen, sondern die in der Vormittage zu erledigen sind, die in der Vormittage zu erledigen sind, die in der Vormittage zu erledigen sind.

Leipziger Börse vom 6. Februar.

St. Rpl. Edelh.	500 102,25 B.
4 1/2 Proz. do. H. 73	104,70 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 79	106,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 80	107,70 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 81	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 82	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 83	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 84	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 85	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 86	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 87	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 88	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 89	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 90	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 91	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 92	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 93	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 94	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 95	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 96	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 97	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 98	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 99	108,00 Bsp.
4 1/2 Proz. do. H. 100	108,00 Bsp.